

TOP 1

Aktuelle Stunde

- LEG-Verkauf mit großem Erfolg abgeschlossen
- Bundesweit einzigartig Sozialcharta wahrt Interessen der Mieter und Beschäftigten
- Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP (Drucksache 14/7012)

in Verbindung mit

LEG vor Zerschlagung -
zahlen nun Kommunen und Mieter, damit Whitehall mehr Gewinn
macht?

Antrag
der Fraktion der SPD
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drucksache 14/7013)

Rede der
verbraucherpolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
Svenja Schulze MdL

anlässlich
der Plenarsitzung am 18. Juni 2008

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

Ich habe mit Dieter Hilser vereinbart, dass ich als Verbraucherpolitikerin in der ersten Runde rede. Es geht auch um Wohnungspolitik, zuerst aber um die Menschen.

Es geht um die Sorgen und Nöte von 200.000 Menschen. Das sind 200.000 Einzelschicksale, in deren Leben massiv eingegriffen wird. Mensch, deren häuslicher Mittelpunkt zum Spielball kurzfristiger Profitinteressen gemacht wird. Die Familie mit drei Kindern, die alleine erziehende Mutter, der Rentner in seinem wohlverdienten Ruhestand gehören in den Mittelpunkt der heutigen Debatte.

Für die SPD gilt: Der Mensch gehört in den Mittelpunkt der Politik.

Ich will gar nicht lange drum herum reden: Mit dem Verkauf der LEG an Whitehall liefert die Landesregierung 200.000 Mieterinnen und Mieter einer Heuschrecke aus. Sie haben sich für den problematischsten Bieter entschieden und dass obwohl es mit Whitehall schon schlechte Erfahrungen gibt.

Sie verscherbeln die LEG - und die berechtigten Anliegen der Mieterinnen und Mieter sind ihnen dabei völlig egal.

Sie wissen: Diese Heuschrecke wird die Drecksarbeit der Zerschlagung machen. Damit wollen Sie sich die Hände nicht schmutzig machen.

Dabei sind sie sogar noch so dreist, sich mit einer sogenannten "Sozialcharta" zu brüsten. Diese Charta ist nicht das Papier wert, auf dem sie steht. Ihnen geht es nicht darum, die Mieterinnen und Mieter zu schützen. Ihre Charta ist das Feigenblatt für das Image der CDU.

Anrede,

warum diese Charta nicht mehr als ein Feigenblatt?

Erstens: Whitehall wird die LEG zerschlagen

Whitehall wird das tun, was sie immer tun. Sie werden die Wohnungsbestände zerlegen, die Filetstücke gewinnbringend verkaufen und den Rest seinem Schicksal überlassen.

Die Geschichte wird sich wiederholen. Unter dem Titel "Wenn der Investor klingelt" war in der Zeit vom 05.01.2006 folgendes zu lesen:

"Die Investoren gehen stets nach demselben Muster vor. Sie zerlegen den Bestand - die guten Wohnungsbestände, die Filetstücke, verkaufen sie, entweder einzeln an die derzeitigen Mieter oder, sollten die kein Interesse haben, an Fremde. In jenen Wohnungen, die nicht verkauft werden, versuchen die Investoren, einkommensschwache Mieter loszuwerden und durch leistungsstarke zu ersetzen - »Mieter drehen« heißt das im Jargon. Die schlechten Bestände schließlich werden sich selbst überlassen, in sie wird nicht mehr investiert, dort stranden sozial Schwache, die »A-Mieter«: Alte, Arbeitslose, Ausländer, Alkoholiker. (...)"

Soweit das Zitat.

Und nach dem Weiterverkauf kann niemand mehr die Einhaltung von mit Whitehall vereinbarten Standards überprüfen.

Ergebnis: Kein Schutz für die Mieter gegen die Zerschlagung.

Die schwarz-gelbe Landesregierung wird ihre Hände in Unschuld waschen....

Zweitens: Whitehall wird die Mieten erhöhen

Mit der Charta werden Öffentlichkeit und Mieter auch bei den Mietpreisen getäuscht.

Die Vereinbarung besagt, dass die Mieten durchschnittlich nur moderat steigen dürfen. Dies schützt den einzelnen Mieter aber nicht.

Denn: Überall dort, wo der Mietspiegel es zulässt, werden die Mieten steigen; um bis zu 20 % in 3 Jahren. 20 % in 3 Jahren sind bei einer Miete von 500 Euro 100 Euro mehr. Zum Vergleich: eine Gehaltserhöhung von 2,9 % bringt einem Straßenbahnfahrer vielleicht 35 Euro mehr in der Tasche.

Ergebnis auch hier: Kein Schutz für die Mieter.

Die Mieterinnen und Mieter werden von dieser Landesregierung nicht geschützt. Wir haben es doch in Berlin gesehen: die Mieterhöhung ist nur in der Gesamtbetrachtung aller Wohnungen begrenzt. Das gilt also nicht für jede einzelne Wohnung. Also dort wo der Mietspiegel noch Luft hat, wird kräftig zugelangt.

Drittens. Was übrig bleibt, bleibt sich selbst überlassen.

Wir alle kennen die Folgen solcher Privatisierungen: Wir konnten es bei Whitehall schon beobachten: Die vorgeschriebenen Investitionsmaßnahmen bleiben weit hinter den üblichen Standards zurück.

Und die Landesregierung hat keine Hebel eingebaut, um dagegen vorgehen zu können. Wie der Käufer die Investitionen streut oder konzentriert, bleibt ihm überlassen. Er kann sich auf die Filetstücke konzentrieren - der Rest kann gucken wo er bleibt.

Ergebnis auch hier: Kein Schutz für die Mieter, die besonderen Schutz brauchen.

Ihre Charta bietet keinen Schutz.

Es bleibt dabei: ein Feigenblatt ohne Wert.

Anrede

Ich will zum Schluss noch mal ganz klar sagen:

Die SPD lehnt die Zerschlagung der LEG ab. Wir sind entsetzt, dass sie die LEG ausgerechnet an Whitehall verkauft haben.

Und sie tun das, obwohl es eine Alternative gab. Sie hätten die Wohnungen auch zunächst einmal an interessierte Kommunen verkaufen können. Aber nein, das passt nicht in ihre Ideologie, deshalb wollen sie das nicht.

Nun sind die Kommunen gezwungen, die Wohnungen bei Whitehall zu kaufen, wenn sie günstigen Wohnraum für die Menschen vor Ort erhalten wollen. Neben der Grunderwerbssteuer müssen sie vor allem für den Profit des Zwischenhändlers kräftig drauf zahlen.

Es wäre die Pflicht der Landesregierung gewesen dies zu vermeiden; aber das wollten sie nicht.

Ergebnis:

Das Land bereichert einen privaten Investor, die Kommunen bleiben mit den Mietern auf den sozialen Folgen und Folgekosten sitzen.

Gewinne werden privatisiert, Kosten kommunalisiert.

Ihre Ideologie "Privat vor Staat" führt dazu, dass sie mutwillig die Interessen der Mieterinnen und Mieter mit Füßen treten. Sie laden die Folgen ihre Politik bei den Menschen in NRW ab und sie schieben mal wieder Kosten den Gemeinden in NRW zu. Das ist ein großer Fehler!

Ministerpräsident Rüttgers hatte den Menschen versprochen, dass die LEG nicht an eine Heuschrecke verkauft wird. Dieses Versprechen hat er gebrochen.